

Pressemitteilung

der Kampagne

Auf
Recht
bestehen

Berlin/Wuppertal, den 21.09.2015

Die Würde des Menschen ist unteilbar

*Erwerbslosengruppen und -organisationen der Kampagne „AufRecht bestehen“ verurteilen die **Pläne der Bundesregierung**, das **Aufenthalts- und Asylrecht auszuhöhlen** und Tausenden gerade erst eingereisten Schutzsuchenden das Grundrecht auf Asyl und auf Existenzsicherung zu verwehren.*

Noch immer werden geflohene Menschen an deutschen Bahnhöfen von der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Geschenken und Herzlichkeit empfangen. Die Bundeskanzlerin überrascht mit der humanitären Geste, dass Deutschland Menschen in Not nicht im Stich lasse, und pflegt so im Ausland das neue Image eines offenen und hilfsbereiten Landes. Zeitgleich formuliert die Bundesregierung einen 150seitigen Gesetzentwurf zur Verschärfung des Aufenthalts- und Asylrechts sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), der alle sozial- und rechtstaatlichen Errungenschaften, die Asylsuchende und ihre Unterstützer in den vergangenen 20 Jahren mühsam auch vor Gerichten erkämpft haben, wieder zunichte macht.

Die Erwerbslosenvertreter/innen weisen darauf hin, dass erst im Frühjahr dieses Jahres das Asylrecht verfassungskonform ausgestaltet wurde, um den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vom Sommer 2012 gerecht zu werden. Unter anderem wurde durch die enge zeitliche Begrenzung von Sachleistungen und die Anpassung des Leistungsniveaus an den Hartz-IV-Regelsatz sichergestellt, dass alle in Deutschland lebenden Menschen das Recht auf die Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums erhalten.

Jetzt, wo das AsylbLG und das Grundrecht auf Asyl dringender gebraucht werden denn je, kommt die Verschärfung unter anderem mit Leistungseinschränkungen, erweiterter Sachleistungsgewährung, dauerhafter Unterbringung in Erstaufnahmelagern sowie Einschränkungen bei Bildungsmaßnahmen und der Arbeitsaufnahme einher. Allen über EU-Drittstaaten eingereisten, sogenannten „Dublin-III-Flüchtlingen“ droht die Versagung von Leistungen - einschließlich Unterkunft und medizinischer Versorgung - und sie sollen mit einem Ticket zurück in den Herkunftsstaat und einem Verpflegungspaket abgeschoben werden. Auch tausende Schutzsuchende, die gerade noch über Griechenland, Ungarn oder Slowenien nach Deutschland eingereist sind und einreisen, können so mittels Leistungsversagung zur Rückkehr in diese Länder gezwungen werden, egal ob sie dort menschenwürdig aufgenommen und versorgt werden können oder nicht.

Die „Festung“ Europa hat gerade demonstriert bekommen, dass das Dublin-System und die europäische Flüchtlingspolitik gescheitert ist, und die Bundesregierung versucht auf diesen gescheiterten Instrumenten aufbauend ein Asylrecht zu implementieren, dass das Land gegen Flüchtlinge abschotten und diese durch Androhung von Hunger und Obdachlosigkeit vor der Einreise nach Deutschland abschrecken soll. Die Unterstützer/innen der Kampagne „AufRecht bestehen“ sehen hier die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und die Abkehr des im Grundgesetz verankerten Ziels, die menschenwürdige Existenz aller sicherzustellen. Die Erwerbslosengruppen fordern die vollständige Rücknahme der Gesetzesverschärfung, ein modernes Einwanderungsgesetz und die Stärkung des Asylrechts für Schutzsuchende in diesem Land, auch wenn sie über Drittstaaten eingereist sind.

Ansprechpartner:

Frank Jäger (Tacheles e.V.), mobil.: 0176 / 41 71 06 04

Martin Künkler (KOS), Tel.: 030 / 86 87 67 015, mobil: 0176 / 24 40 65 03

Die Kampagne „AufRecht bestehen“ wird auf Bundesebene getragen und koordiniert von

- Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen e.V. ([BAG PLESA](#)),
- Netzwerk und Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen ([KOS](#)),
- [Tacheles e.V.](#) Wuppertal
- Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e.V. ([ALSO](#))
- [Regionalverbund Weser-Ems](#) e.V.
- [ver.di-Erwerbslose](#)